

PRESSEMITTEILUNG

Waldpolitik / Klimaschutz / Förderung

Umweltministerium kündigt weitere Millionen für die Einschränkung der Bewirtschaftung von Privatwäldern an

Berlin. Am 29.3.2023 stellte Bundesumweltministerin Lemke das vom Bundeskabinett beschlossene „**Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz**“ (ANK) vor, mit dem die Bundesregierung nach eigenen Angaben „den allgemeinen Zustand der Ökosysteme in Deutschland deutlich verbessern und so ihre Resilienz und ihre Klimaschutzleistung stärken“ möchte. Was auf den ersten Blick eine gute Idee scheint, entpuppt sich für den Bereich Wald und Holz in Deutschland als schwere Hypothek.

Im Zentrum der Kritik stehen dabei für die Arbeitsgemeinschaft Rohholz (AGR), dem neuen unabhängigen Fachausschuss im Hauptverband der Deutschen Holzindustrie e.V. (HDH), die beabsichtigten Förderungen im Bereich Waldökosysteme. So heißt es dort (Hervorhebungen AGR):

*Zusätzlich zu dem bestehenden Förderprogramm „Klimaangepasstes Waldmanagement“ (...) beabsichtigen wir ein ergänzendes Förderinstrument zu entwickeln. Dieses schafft gezielte finanzielle Anreize für die Erreichung wünschenswerter Zustände wie zusätzliche Strukturvielfalt und Biodiversität in bereits naturnäheren Wäldern **und zielt damit auch auf eine teils extensivierte Waldbewirtschaftung ab**. So trägt das Förderinstrument weiter zur Stabilisierung und **Erhöhung des Kohlenstoffspeichers in klimastabilen**, ökologisch wertvollen Waldökosystemen bei (Quelle: ANK S. 33).*

Noch in einem nur knapp vier Wochen zuvor veröffentlichten Entwurf des Programms hatte man an besagter Stelle vor allem die Erhöhung des Anteils klimaangepasster Wälder fördern wollen.

„Wir können nur eindringlich davor warnen, eine Extensivierung der Waldbewirtschaftung mit verbesserter Klimastabilität im Wald gleichzusetzen. Höhere Holzvorräte erhöhen im Klimawandel nachweislich das Risiko für umfassende Waldschäden. Gerade im Privatwald wird so aus der vermeintlich sicheren Bank ein mit Steuergeldern geförderter wirtschaftlicher und klimatechnischer Totalausfall“, so Dr. Carsten Merforth, Sprecher der AG Rohholz. Das „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ ist mit einem Volumen von 4 Milliarden Euro mit sehr umfassenden Mitteln ausgestattet. „Angesichts der großen Herausforderungen und Kosten im klimagerechten Waldumbau wäre hier eine Konzentration der Förderung im Privatwald unbedingt notwendig. Die im Raum stehenden Summen fordern Augenmaß bei der Umsetzung, sonst können Förderprogramme schnell große volkswirtschaftliche Schäden anrichten, ohne dass Biodiversität oder Klimaschutz davon profitieren“, so Dr. Merforth abschließend.

Auch die ebenfalls im Programm angekündigte Förderung von Nutzungsverböten speziell in Buchenwäldern kritisiert die AGR. Buchenwälder sind nachweislich artenärmer als andere Waldökosysteme. Außerdem leiden auch sie verstärkt unter Klimastress und müssten in den kommenden Jahren ebenfalls dringend umgebaut werden. Gleichzeitig schränken immer mehr Förderungen und öffentliche Programme die Laubholzernte ein, was bei vielen Unternehmen bereits zu großen Versorgungsschwierigkeiten mit Laubholz führt.

Pressekontakt:

Arbeitsgemeinschaft Rohholz e. V.

Lukas Freise

Chausseestr.99

10115 Berlin

Tel.: +49 30 / 20 61 39 97 - 0

Fax: +49 30/ 37 71 94 57

E-Mail: lukas.freise@ag-rohholz.de

Internet: www.ag-rohholz.de

Über die Arbeitsgemeinschaft Rohholz e.V. (AGR)

Die Arbeitsgemeinschaft Rohholz e.V. (AGR) ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Unternehmen und Verbänden der Rohholz verbrauchenden Branchen in Deutschland und den angrenzenden Ländern im Hauptverband der Deutschen Holzindustrie (HDH e.V.). Die AGR setzt sich für eine effiziente und nachhaltige Nutzung des nachwachsenden Rohstoffes Holz ein. Dabei tritt sie in Dialog mit Vertretern aus Medien, Wirtschaft, Politik sowie Forschung und Lehre, um die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die stoffliche Verwendung von Holz zu verbessern. In Kooperation mit der Forstwirtschaft engagiert sich die AGR für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, die im Einklang mit ökonomischen, ökologischen und sozialen Interessen steht.